



Donnerstag, 05.07.2018

Ausgabe 04/2018

Italien will eine Parallelwährung einführen

Liebe Leserin, lieber Leser,

in Italien liegen die Nerven blank: Ein Drittel der jungen Leute ist arbeitslos. Die Wirtschaft schrumpft seit 10 Jahren durchschnittlich um 0,5 Prozent pro Jahr, die Industrieproduktion liegt heute 17 Prozent unter dem Niveau von 2007, das Pro-Kopf-Einkommen ist heute niedriger als vor 20 Jahren. Die Schieflage im Finanzsystem bleibt dramatisch: Noch immer lasten notleidende Kredite im Volumen von mehr als 200 Milliarden Euro auf den Banken. Die Staatsverschuldung Italiens liegt bei 2,3 Billionen Euro oder 135 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Das ist mehr als das Doppelte, was ursprünglich erlaubt war. Nach dem Euro-Konvergenzkriterium darf der staatliche Schuldenstand nicht mehr als 60 Prozent des BIP betragen – so das damalige Versprechen der Euro-Fanatiker. Erinnern Sie sich noch?

In Anbetracht dieses Desasters, nur so lässt sich Italiens wirtschaftliche Situation wahrheitsgemäß bezeichnen, zog das italienische Volk bei der letzten Wahl am 4. März 2018 die Reißleine und brachte zum Ausdruck: So darf es nicht mehr weitergehen! Die Wahlsieger wollen sich nun nicht mehr von EU-Beamten, die von niemanden gewählt wurden, herumkommandieren lassen.

1. Das Grundproblem: Italien hat seine Wettbewerbsfähigkeit verloren!

Die meisten Euro-Süd-Staaten standen schon bei der Euro-Einführung am Rande der Pleite. Italien hatte Mitte der 90er Jahre für 10-jährige Staatsanleihen Zinsen von 12 Prozent zahlen müssen. Die Zinssätze der anderen Euro-Süd-Staaten lagen im ähnlich hohen Bereich. Die jährlich zu zahlenden Schuldzinsen waren im Haushaltsplan dieser Staaten einer der größten Ausgaben-Posten. So wollten Italien, Spanien, Portugal und andere unbedingt in den Euro, um in den Genuss niedrigerer Zinsen zu kommen, wie Deutschland auch - und das hat funktioniert.

Auf dem EU-Gipfel in Madrid im Dezember 1995 wurde das ganze Timing des Euros beschlossen: Er wurde ab 1999 erst als Buchgeld und ab 2002 auch physisch eingeführt. Und sofort nachdem das beschlossen wurde, fielen die Zinsen in den Süd-Ländern schon in der Erwartung auf diese Währungsunion. Innerhalb von zweieinhalb Jahren war der Zinsunterschied zu Deutschland, der im Dezember 1995 noch fünf Prozent betragen hatte, schon verschwunden.

Italien und die anderen Euro-Süd-Staaten konnten sich über riesige Einsparungen an Schuldzinsen freuen. Sie hätten sogar die Mehrwertsteuer abschaffen können und es wäre immer noch ein kleines Plus geblieben, so groß war der Vorteil der Zinsersparnis. Allerdings wurden die eingesparten Zinsen nicht zur Schuldentilgung eingesetzt, sondern für andere Dinge ausgegeben – so verpuffte der Vorteil.



Aber nicht nur das; man hat dann die Gelegenheit der niedrigen Zinssätze „genutzt“, um sich immer mehr zu verschulden.

Für Italien war das eine schöne Zeit - man hat der Welt Schuldscheine verkauft und dadurch Ausgaben im Staatssektor finanziert: Es wurden die Renten und Gehälter erhöht und vieles andere mehr. Im ganzen Land kam es zu Lohnsteigerungen, die kreditfinanziert waren und nichts mit der Produktivitätsentwicklung zu tun hatten. Lohnsteigerungen, die über dem Produktivitätswachstum liegen, machen ein Land immer teurer.

Seit dem EU-Gipfel im Dezember 1995 hat sich in Italien das durchschnittliche Preisniveau um etwa 38 Prozent mehr erhöht als in Deutschland. Diese 38 Prozent sind das fundamentale Problem, was die Wettbewerbsfähigkeit Italiens zerstört hat.

Die Folgen sind: Italiens Industrieproduktion hängt heute 17 Prozent unter dem Niveau von 2007. Ein Viertel der Firmen ist untergegangen. Das Pro-Kopf-Einkommen ist heute niedriger als vor 20 Jahren. Ein Drittel der jungen Leute ist arbeitslos.

2. Es gibt vier Wege, diese Zustände zu überwinden:

a) Italien wird wieder billiger

Durch eine extreme Sparpolitik über viele Jahre könnte theoretisch dieses Ziel erreicht werden. Doch hierzu hat das Volk bei der letzten Wahl ein klares „Nein!“ gesagt. Die beiden Wahlsieger-Parteien wollen die Sparpolitik im hoch verschuldeten Italien beenden und gehen damit massiv auf Konfrontationskurs zur EU. Diese theoretische Möglichkeit scheidet also aus.

b) Deutschland und andere Euro-Nord-Länder werden stattdessen teurer

Diesen Weg versucht die EZB zu gehen. Sie möchte die durchschnittliche Teuerungsrate in der Eurozone in Richtung zwei Prozent bringen, aber sie hat die Hoffnung, dass die Euro-Nord-Staaten noch stärker als zwei Prozent inflationieren und der Süden zurückbleibt. Dadurch würde der Süden im Vergleich zum Norden allmählich billiger. Bis eine signifikante Verbesserung von Italiens Wettbewerbsfähigkeit eintritt, würde es vermutlich etwa zehn Jahre dauern – das wäre zu lange.

In den Euro-Nord-Ländern müsste somit die Teuerung vermutlich eine Größenordnung von etwa vier Prozent erreichen, falls die Italiener bei Null bleiben. Wenn die Italiener nicht bei Null bleiben, müssen wir noch über vier Prozent hinaus. Aber wären die Deutschen bereit, diese hohe Geldentwertung zu akzeptieren? Vermutlich nicht. So wird diese zweite Möglichkeit auch kein gangbarer Weg.

c) Totale Transfer-Union

Bei einer Transfer-Union würde fehlende Wettbewerbsfähigkeit Italiens und die daraus resultierenden Finanzprobleme durch Transfer-Zahlungen anderer Staaten, hauptsächlich aus Deutschland ausgeglichen. Transfer-Zahlungen verschiedenster Art wären denkbar. Ein paar Beispiele:

- Vergemeinschaftung der faulen Kredite in den italienischen Bankbilanzen – getarnt unter dem Begriff „Bankenunion“.
- Eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung in der Eurozone (Arbeitslosen-Quote in Italien 11 Prozent, Spanien 16 Prozent, Griechenland 21 Prozent ...)
- niedrigere Beitragszahlungen Italiens zum EU-Haushalt – Ausgleich durch Deutschland
- höheres Volumen geförderter Investitionen in Italien mit EU-Mitteln
- Eurobonds
- diese Liste könnte um hunderte Möglichkeiten verlängert werden

Eine völlig rechtswidrige Vergemeinschaftung von Schulden in der Eurozone haben wir so-



wieso schon seit mehreren Jahren. Aber man kann die Vergemeinschaftung von Schulden natürlich noch viel weiter treiben – der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

Es war von Anfang an klar, dass eine Währungsunion mit unterschiedlich starken Volkswirtschaften nicht funktionieren kann! Sie hat nur dann eine Überlebenschance, wenn die Schwachen Stütze kriegen von den Starken und sich wirtschaftlich angleichen. Genau das weckt bei den Starken Widerwillen. Doch solange es wirtschaftliche Unterschiede gibt, muss Geld fließen. Ansonsten wird der Euro nicht überleben. Daran führt kein Weg vorbei. Man kann die Gemeinschaftswährung nicht behalten, ohne für sie zu bezahlen.

Wer für den Euro ist, muss auch für eine Transfer-Union sein – alles andere wäre schizophren. Wenn der Euro als Gemeinschaftswährung bestehen bleiben soll, kann die Eurozone nur eine Transfer-Union sein, bzw. wir haben sie ja bereits seit Jahren. Die Politik verschweigt bisher noch, dass diese Transfer-Union dem Volk in den letzten Jahren schon heimlich untergejubelt wurde.

d) Austritt aus der Eurozone und Einführung einer eigenen Währung

Nach dem Ausscheiden aus der Eurozone könnte sich Italien sein Geld einfach wieder selbst drucken und wäre nicht mehr auf die EZB angewiesen, so das Kalkül mancher Befürworter eines Euro-Austritts in Italien. In beiden Regierungsparteien sehen viele Politiker einen Euro-Austritt weniger als Risiko, sondern mehr als Chance. Nach 19 Jahren Euro-Gemeinschaftswährung, sind fast alle Wirtschaftsdaten Italiens verheerend, siehe oben.

3. Neue italienische Regierung

Als vor fast zwei Jahren die „Fünf-Sterne-Bewegung“ in den Meinungsumfragen die Spitzenposition übernahm, versprach deren Gründer, Beppe Grillo, dass er sich für eine Volksbefragung zu einem Euro-Austritt Italiens einsetzen würde, falls seine Partei nach den Parlamentswahlen an der Regierung beteiligt sein sollte.

Nur wenige Wochen vor dem Erreichen seines politischen Ziels, der Wahlsieg der „Fünf-Sterne-Bewegung“ galt schon im Januar 2018 als ziemlich sicher, übergab er völlig überraschend den Parteivorsitz an seinen jungen Nachfolger Di Maio und zog sich aus der Politik zurück. Aktuell wird von der „Fünf-Sterne-Bewegung“ kein Referendum angestrebt, sondern ein Schulden-Erlass.

Die „Fünf-Sterne-Bewegung“ konnte am 4. März 2018 bei den Parlamentswahlen ihren großen Vorsprung, den sie in Meinungsumfragen hatte, ins Ziel bringen und wurde mit 32,2 Prozent und großem Abstand zum Zweitplatzierten, die stärkste Partei Italiens. Die andere Regierungspartei „Lega“, früher „Lega Nord“ erreichte mit 17,7 Prozent den dritten Platz.

Lega und „Fünf-Sterne-Bewegung“ sind mehrheitlich Euro-Gegner, die in den Regeln des Euro einen "deutschen Käfig" sehen, der die italienischen Waren künstlich verteuert. So sagte vor Kurzem der wirtschaftspolitische Sprecher der Lega: "Der Ausstieg aus dem Euro ist die ideale Lösung für uns." Dann fügte er noch trocken hinzu: "Das wird Deutschland in den Abgrund reißen, schließlich hat Deutschland am meisten ins Euro-System investiert".

4. Regierungsprogramm

Trotz rekordhoher Staatsverschuldung von 135 Prozent des BIPs plant die neue italienische Regierung eine extreme finanzielle Entlastung der Bevölkerung. Unter anderem sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Drastische Steuersenkung mit Einführung einer "Flat Tax" von 15 Prozent für Einkommen bis 80.000 Euro und einem Steuersatz von 20 Prozent für größere Einkommen.
- Steuersenkungen für Unternehmen



- Einführung eines Bürgergelds von 780 Euro im Monat – vergleichbar mit dem deutschen Hartz-4-Modell
- Deutliche Senkung des Renteneintrittsalters. So sollen Italiener nach 41 Beitragsjahren, statt mit einem Alter von 67 Jahren in Rente gehen können.

Allein die Steuerentlastung der Bürger wird auf etwa 70 bis 80 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Insgesamt wird der Jahreshaushalt des Staates durch diese Maßnahmen um etwa 180 Milliarden Euro zusätzlich belastet.

„Kaputtsparen“ oder ein „weiter so“ kommt für die Italiener nicht mehr in Frage. Das machte das Wahlergebnis mehr als deutlich. Das Volk möchte eine Verbesserung seiner Situation und gab den beiden neuen Regierungsparteien eine Chance, es besser zu machen. Und diese sind offenbar fest entschlossen, sich nicht mehr von den Brüsseler Kommissaren gängeln zu lassen, sondern sie wollen ihre Wahlversprechen gegen alle EU-Widerstände durchsetzen. Die Italiener sehen offenbar keinen anderen Weg, denn die bisher regierenden EU-freundlichen Parteien haben einen Scherbenhaufen hinterlassen, wie obige Daten zeigen.

Hinter vielen Aktionen der neuen italienischen Regierung steckt ersichtlich das Ziel, einen Schuldenerlass zu erwirken. Dabei ist sich die neue Regierungskoalition offenbar bewusst, dass sie eine äußerst starke Verhandlungsposition hat; überhaupt kein Vergleich zu der sehr schwachen Position, in der sich die griechische Regierung vor wenigen Jahren befand.

Griechenland ist im Vergleich zu Italien ein Schulden-Leichtgewicht. Wäre Griechenland mit seinen 320 Milliarden Euro Schulden aus dem Euro ausgetreten, wäre der Schaden für die anderen Euro-Staaten leicht verkraftbar gewesen. Würde Italien aus dem Euro austreten, bricht in der EU das Chaos aus. Italiens offizielle Staatsschulden belaufen sich auf 2,3 Billionen Euro - siebenmal mehr als die Griechenlands. Athen steht für weniger als ein Zwanzigstel der Schulden aller Euroländer. Italien dagegen für fast ein Viertel. Hinzu kommen noch die 450 Milliarden Euro Target-2-Schulden (siehe [Ausgabe 03/2018](#)). Ein Staatsbankrott Italiens könnte auch Frankreich mitreißen, denn französische Banken haben etwa 311 Milliarden Euro Forderungen an Italien.

5. Italien verfügt über großes Erpressungspotential

Die beiden neuen Regierungsparteien haben offenbar eine klare Vorstellung, wie sie die zusätzlichen Ausgaben und Minder-Einnahmen im Gesamtvolumen von 180 Milliarden Euro jährlich, finanzieren wollen. Allerdings werden sie sich mit ihren Plänen bei den anderen Euro-Staaten keine Freunde machen. Ihre Idee: Ein eigenes italienisches Gelddruck-Programm.

Als Italien der Eurozone beitrat, hat das Land sämtliche Möglichkeiten der eigenen Geldschöpfung aufgegeben. Doch die neue italienische Regierung möchte dies nun korrigieren und sich das Geld für ihre Ausgaben durch die Hintertür selbst erzeugen – nämlich über die Ausgabe eines neuen Typs von Staatsanleihen, den „Mini-BOTs“. Diese sollen den normalen kurzlaufenden Anleihen (Buoni Ordinari del Tesoro, BOT) entsprechen, nur mit einem niedrigeren Nennwert.

Mit den selbst gedruckten Mini-BOTs, die wie Geldscheine aussehen sollen, will die Regierung offene Rechnungen bei Unternehmen und Sozialleistungen zahlen. Es ist vorgesehen, dass die Mini-BOTs zur Zahlung von Steuern eingesetzt werden können. Dadurch würde sich rasch ein Mini-BOT-Handel entwickeln. Es ist leicht vorstellbar, dass die Mini-BOTs mit einem Abschlag von fünf oder zehn Prozent zum Euro gehandelt würden. Man zahlt dann 90 Cent und kann damit eine Steuerschuld von einem Euro reduzieren. So ähnlich könnte das werden.

Zwar wären die Mini-BOTs kein gesetzliches Zahlungsmittel, aber private Unternehmen werden sie auf freiwilliger Basis akzeptieren. Damit hätte die italienische Regierung auf recht elegantem Weg eine Parallelwährung zum Euro etabliert, über die sie selbst die Kontrolle hat. Aus Sicht der Lega bringt dieses Zahlungsinstrument Italien in eine gute Position, um den Übergang von Euro zur

eigenen italienischen Währung vorzubereiten und die Fünf-Sterne-Bewegung sieht in Mini-BOTs ein Finanzierungsinstrument, um die Ausgaben erhöhen zu können, ohne weitere Euro-Schulden aufnehmen zu müssen.

Und da die neue Koalitionsregierung das italienische Haushaltsdefizit um 180 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen möchte, wird diese Finanzierungsmöglichkeit sehr ernsthaft diskutiert. Ausgedacht hat sich dieses Konzept der parteilose Finanz- und Wirtschaftswissenschaftler Paolo Savona. Er gilt als Euro-kritisch. Erwartungsgemäß wird er deswegen von deutsche Medien als Rechtspopulist bezeichnet. Savona war nicht nur als Hochschullehrer tätig, sondern übernahm in der Vergangenheit auch Führungsfunktionen in verschiedenen italienischen Banken. In die neue Regierung trat er als Europa-Minister ein, nachdem ihm vom EU-nahen italienischen Staatspräsidenten die Ernennung zum Finanzminister verweigert wurde. Begründung: Prof. Savona sei zu Euro-kritisch.

Die Mini-BOTs könnten für viele Transaktionen zu einer praktischen Alternative zum Euro werden und die anderen Staaten der Eurozone können diese neue italienische Idee vermutlich gar nicht so leicht verhindern, da der Euro die einzige formelle "Währung" in Italien bleiben würde.

Bräuchte die Regierung mehr Geld, könnte sie es sich einfach selbst drucken. Dabei müssten die Mini-BOTs möglicherweise nicht einmal auf die Schuldenlast des italienischen Staates angerechnet werden. Die neue Regierung geht davon aus, dass die Mini-BOTs nicht als Schulden gewertet werden, weil mit ihnen nur bereits bestehende Schulden bezahlt würden. Im italienischen Koalitionsvertrag steht, dass diese Frage noch zu Ende diskutiert werden muss.

Es ist anzunehmen, dass die anderen Euro-Mitglieder mit allen Mitteln gegen diese neue Form der Geldschöpfung durch die italienische Regierung vorgehen werden. Denn sollte die italienische Regierung ihre Pläne in die Tat umsetzen, hätte sie einen sehr eleganten Weg gefunden, die Eurozonen-Sparvorschriften zu umschiffen.

Zugleich wären durch die Einführung der Mini-BOTs bereits die Voraussetzungen für einen Euro-Ausstieg Italiens geschaffen. Sollte sich die italienische Regierung irgendwann zu diesem Schritt entschließen, müssten die bereits existierenden Mini-BOTs einfach nur noch zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt werden.

6. Kreditierung durch Deutsche Bundesbank - Target-2-Salden

Der Einsatz von Mini-BOTs würde zwangsläufig eine weitere Kreditierung Italiens durch die Deutsche Bundesbank auslösen: Die Mini-BOTs könnten den Euro in Italien zu einem großen Teil ersetzen. Zwangsläufig würden hohe Euro-Bankguthaben nach Deutschland zum Kauf von Autos, Immobilien, Unternehmen, Aktien und Waren aller Art, überwiesen werden. Im Mai 2018 waren das schon mehr als eine Milliarde Euro pro Tag!

Hierdurch würden die Target-2-Salden weiter ansteigen. Durch den Umfang dieses neuen Kunstgeldes kann die Deutsche Bundesbank gezwungen werden, Italien noch viel mehr zu kreditieren, als es bislang ohnehin schon der Fall ist. Der genaue Ablauf dieses Mechanismus und die große Gefahr, die sich für Deutschland abzeichnen würde, wurde in der [Ausgabe 03/2018](#) erläutert.

Da die Italiener durch den Target-2-Mechanismus mit ihrer Parallelwährung indirekt in Deutschland shoppen gehen könnten, käme es für deutsche Steuerzahler einem Raub gleich, wenn sich die Italiener mit der Einführung einer Parallelwährung gegenüber der EU durchsetzen würden. Deutschlands uneinbringliche zinslose Forderung von derzeit 956 Milliarden Euro würde weiter in großen Schüben steigen.

7. „Geld her, oder wir treten aus!“

Wenn Deutschland sich sträuben sollte, Geld zu verschenken oder weitere Bürgschaften zu Lasten nachfolgender Generationen zu geben, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass Italien den

Euro aufgibt. Verschiedene deutsche Politiker glauben: „Das machen die Italiener nicht; damit schaden sie sich“. Bei genauer Betrachtung, kann man aber auch zum Ergebnis kommen, dass die Italiener sich mehr schaden würden, wenn sie so weitermachen, wie bisher.

Ein Austritt Italiens aus der Eurozone hätte unabsehbare Folgen. Sogar ein Staatsbankrott Italiens wäre möglich. Als direkte Folge könnten viele Banken in der Eurozone in Not geraten. Diese haben etwa 513 Milliarden Euro als Kredite nach Italien vergeben, davon französische Banken 311 Milliarden Euro und deutsche Banken 91 Milliarden Euro. Aus diesem Grunde dürfen sich die Italiener vor allem von Frankreich und Deutschland ein Entgegenkommen erhoffen. Je höher Italiens Schulden wachsen, desto weniger können es sich die anderen Euro-Staaten leisten, Italiens Wünsche auszuschlagen.

Eine schwere Konfrontation zwischen Italien und der EU zeichnet sich ab. Diese kann in einem Staatsbankrott und Euro-Austritt Italiens enden. Bei einer Zuspitzung der Krise könnte sehr viel Geld, das auf der Suche nach Sicherheit ist, in den Edelmetallmarkt fließen. Preisvervielfachungen wären dann möglich und zu erwarten. Es wird sich mittelfristig als wichtig erweisen, einen Teil des Vermögens in schuldenfreien Währungen wie Silber und Gold zu halten.

Alles über das [Rohstoffmanagement der SWM AG erfahren, hier klicken!](#)

Gutes Gelingen bei Ihren Entscheidungen
wünscht Ihnen
Ihr

Customer-Service der [SWM AG](#)

eMail: service@sev.li

Tel: +423 - 2 300 182



Nachfolgend ergänzende Informationen zu Edelmetallen:

Edelmetalle langfristig:

1 Unze Gold in Euro



1 Unze Gold: Wertentwicklung in verschiedenen Zeiträumen:

Von 02.07.99: **257 Euro** bis 02.07.18: **1.075 Euro** > 19 Jahre: 7,82 % p.a.

Von 10.10.04: **337 Euro** bis 10.10.12: **1.382 Euro** > 8 Jahre: 19,29 % p.a.

Von 02.07.14: **971 Euro** bis 02.07.18: **1.075 Euro** > 4 Jahre: 2,75 % p.a.

Den Video-Kanal der SWM AG finden Sie hier

[SWMAG auf Twitter](#)

[SWMAG auf Youtube](#)

[SWMAG auf Google+](#)

Edelmetalle langfristig:

1 Unze Silber in Euro



1 Unze Silber: Wertentwicklung in verschiedenen Zeiträumen:

Von 02.07.99: **5,12 Euro** bis 02.07.18: **13,73 Euro** > 19 Jahre: 5,33 % p.a.

Von 01.01.09: **7,95 Euro** bis 28.04.11: **32,88 Euro** > 2,33 Jahre: 80,72 % p.a. (*)

Von 01.01.09: **7,95 Euro** bis 02.07.18: **13,73 Euro** > 9,5 Jahre: 2,75 % p.a.

(*) So eine Kursbewegung kann jederzeit wieder starten

Den Video-Kanal der SWM AG finden Sie hier

[SWMAG auf Twitter](#)

[SWMAG auf Youtube](#)

[SWMAG auf Google+](#)

Edelmetalle langfristig:

1 Unze Palladium in Euro



1 Unze Palladium: Wertentwicklung in verschiedenen Zeiträumen:

Von 02.07.99: **310 Euro** bis 02.07.18: **810 Euro** > 19 Jahre: 5,19 % p.a.

Von 02.07.99: **310 Euro** bis 22.01.01: **1162 Euro** > 1,5 Jahre: 128,33 % p.a.

Von 02.07.09: **177 Euro** bis 02.07.18: **810 Euro** > 9 Jahre: 18,41 % p.a.

Von 02.01.11: **585 Euro** bis 02.07.18: **810 Euro** > 7,5 Jahre: 4,43 % p.a.

Den Video-Kanal der SWM AG finden Sie hier

[SWM AG auf Twitter](#)

[SWM AG auf Youtube](#)

[SWM AG auf Google+](#)

Edelmetalle langfristig:

1 Unze Platin in Euro



1 Unze Platin: Wertentwicklung in verschiedenen Zeiträumen:

Von 02.07.99: **339 Euro** bis 02.07.18: **722 Euro** > 19 Jahre: 4,06 % p.a.
Von 02.07.99: **339 Euro** bis 04.03.08: **1.493 Euro** > 8,66 Jahre: 18,63 % p.a.
Von 18.12.08: **595 Euro** bis 12.01.11: **1.373 Euro** > 2,1 Jahre: 48,36 % p.a.

Das Newsletter-Archiv der SWM AG finden Sie [hier](#)

Tagesaktuelle Edelmetall-Preise gibt es [hier](#)

Impressum:

SWM AG - Customer Service - Altenbach 1 - FL-9490 Vaduz

eMail: service@sev.li

Website: <http://www.sev.li>

Tel: +423 - 2 300 182



[SWMAG auf Twitter](#)

[SWMAG auf Youtube](#)

[SWMAG auf Google+](#)